

Beitrag von Andrea Hornung bei Friedenskundgebung am 6.2.2022

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Russland ist in die Ukraine einmarschiert. Der Krieg, den es in der Ukraine seit 2014 gibt, hat eine neue Eskalationsstufe erreicht. Die Gefahr eines großen Kriegs hier in Europa ist so groß wie lange nicht mehr.

Sie ist so groß wie nie, weil die NATO seit 1990 nach Osterweiterung strebt, obwohl es die Absprache mit Russland gab, dass es keine NATO-Osterweiterung geben würde. Dagegen kämpft die Friedensbewegung in Deutschland und in den aufgenommenen Ländern seit Jahrzehnten.

Sie ist so groß wie nie, weil es 2014 in der Ukraine einen vom Westen finanzierten und organisierten Putsch gab. An der Regierung nach dem Putsch beteiligten sich von Anfang an Faschisten und unterdrückten die russische Minderheit in der Ukraine.

Sie ist so groß wie nie, weil das Minsk2-Abkommen, seit Beginn von der Ukraine gebrochen und die Garantiestaaten Deutschland und Frankreich dabei tatenlos zusahen. Das Abkommen sah vor, dass die Volksrepubliken Donezk und Lugansk weitergehende Autonomierechte erhalten, einen Waffenstillstand sowie den Abzug schwerer Waffen. Doch der Beschluss der Volksrepubliken nahm immer weiter zu.

Sie ist so groß wie nie, weil die NATO seit Jahren den großen Krieg gegen Russland probt, beispielsweise in den jährlichen Defender-Manövern oder im enhanced forward presence-Manöver in Litauen.

Sie ist so groß wie nie, weil auch die deutsche Regierung fortlaufend eskaliert. Deutschland ist an Battlegroups in Litauen und an Militäreinsätzen im Nordatlantik beteiligt, verlegte erst vor drei Wochen Eurofighter nach Rumänien, Deutschland beteiligt sich an den Defender-Manövern und verdoppelte den Kriegshaushalt in 20 Jahren.

Das alles rechtfertigt nicht den Einmarsch Russlands in die Ukraine. Der Einmarsch ist gefährlich und muss umgehend durch Verhandlungen beendet werden. Er geht weit über den Schutz der Volksrepubliken auf deren Bitte hinaus. Er erhöht die Gefahr eine militärische Reaktion der NATO und erhöht die Kriegsgefahr weiter.

Wir müssen aber anerkennen, dass der Hintergrund für diesen Krieg die fortlaufende Aggression der NATO gegenüber Russland ist. Die Ursache des Krieges ist das kapitalistische System in seinem imperialistischen Stadium: Die kapitalistischen Großmächte kämpfen wirtschaftlich, diplomatisch, politisch und eben auch militärisch um Einflussgebiete, Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten. Die kapitalistische Konkurrenz findet ihre logische Fortsetzung im imperialistischen Krieg. Der Krieg ist die Fortsetzung der kapitalistischen Politik mit anderen, eben militärischen, Mitteln. Die NATO ist das aktuell aggressivste Bündnis imperialistischer Staaten, allen voran den USA und u.a. Deutschland in Europa, wir alle kennen die Kriege in Jugoslawien, Libyen, Somalia, Afghanistan usw. Die NATO betreibt seit 30 aggressive Expansionspolitik, auch in Richtung Osteuropa, betreiben.

Während in Deutschland den russischen Einmarsch die Medien dominiert, beschließt die Bundesregierung riesige Aufrüstungsprogramme: Die Bundeswehr soll ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro erhalten und das 2%-Ziel soll noch übertroffen werden. Deutschland liefert nun auch Waffen in die Ukraine und schickt weitere Eurofighter nach Rumänien. Und die NATO hat ihre schnelle Einsatztruppe nach Osteuropa verlegt. Hier geht es um mehrere 1000 Soldaten, darunter mehrere hundert der Bundeswehr.

Das zeigt die Funktion der medialen Hetze und der Solidaritätserklärungen der Bundesregierung mit der Ukraine auf: Sie wird genutzt, um hier mehr Aufrüstung zu fordern. So sagte die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Strack-Zimmermann (FDP) bereits vor einer Woche sehr ehrlich: „Den Menschen in Deutschland, die einer gut ausgerüsteten Bundeswehr kritisch gegenüberstanden wird angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine allerdings deutlich gemacht, wie wichtig eine gut ausgestattete Bundeswehr ist.“ Wer das zahlen wird, das hat Christian Lindner bereits deutlich benannt: Wir, die Bevölkerung.

Der einzige Weg, jetzt einen größeren Krieg zu verhindern, ist Druck auf unsere Regierung auszuüben, die weitere Eskalation zu stoppen. Die Aufgabe von uns, die Aufgabe der Friedensbewegung ist nun, uns jeder weiteren Aufrüstung entgegenzustellen, uns jeder weiteren Eskalation entgegenzustellen. Dabei gilt für uns: Wir bekämpfen den Hauptaggressor – die NATO, die seit 70 Jahren für Mord und Totschlag weltweit steht – und wir kämpfen hier in Deutschland, wo wir leben und arbeiten, wo wir am wirksamsten kämpfen können, gegen die Eskalation der deutschen Bundesregierung.

Jetzt für den Frieden sein heißt: Keine Sanktionen!

Für den Frieden sein heißt: Truppenabzug aus Osteuropa jetzt!

Für den Frieden sein heißt: Keine Waffenlieferungen an die Ukraine!

Für den Frieden sein heißt: Gegen jede weitere Aufrüstung! Nein zum Sondervermögen für die Bundeswehr, nein zum 2%-Ziel!

Für den Frieden sein heißt: Sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen! Stopp der Kriegshandlungen!

Die Bundesregierung tut das Gegenteil, das hat sie mit ihrem Koalitionsvertrag bewiesen, in dem Kampfdrohnen und eine weitere Erhöhung des Kriegshaushalts vorgesehen ist, das beweist sie jetzt. Wir werden sie dazu zwingen müssen, gegen Krieg einzutreten. Dann diese Bundesregierung vertritt nicht die Interessen der Menschen in diesem Land, sie steht nicht für Frieden, sondern seit Tag 1 für den Krieg.